

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Amesbauer, Dr. Belakowitsch, Ries, Mag. Schrangl und weiterer Abgeordneter
betreffend Aussetzen des Asylrechts

eingebracht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 7, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (55d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2020 (Bundesfinanzgesetz 2020 – BFG 2020) samt Anlagen (183d.B.), Untergliederung 18 – Fremdenwesen, in der 32. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 26. Mai 2020

Der Entwurf zum Bundesvoranschlag 2020 sieht für die UG 18-Fremdenwesen im Finanzierungshaushalt Auszahlungen in der Höhe von insgesamt 378,8 Mio. EUR vor. Unterbringung und Versorgung für Asylwerber kosteten für den Bund im Durchschnitt 2019 rund 21,60 Euro am Tag. Darin nicht enthalten sind die Verfahrenskosten sowie sonstige Subventionen. Die Anzahl der durch Missbrauchscontrolling identifizierten Leistungs-missbrauchsfälle in der Grundversorgung und diversen Behörden soll laut Bundesfinanzgesetz und Anhang 2020 unter 22.000 liegen, wobei 2018 es 22.813 Leistungsmisbrauchsfälle gab.

Die Anzahl der Grundversorgten nach Bundesland stellte sich zum 13.05.2020 wie folgt dar: Burgenland 741, Kärnten 1.416, Niederösterreich 4.065, Oberösterreich 4.239, Salzburg 1.395, Steiermark 3.003, Tirol 1.866, Wien 11.083 und Vorarlberg 1.013. Somit gesamt 28.821 Grundversorgte.

Während die Österreicher wegen der Coronavirus-bezogenen Maßnahmen der türkis-grünen Bundesregierung mit massiven Einschränkungen im Alltag konfrontiert sind, lässt Innenminister Nehammer stillgelegte Asylheime in der Steiermark wieder öffnen, um dort laut Medienberichten 200 Asylwerber unterzubringen.

Österreich braucht in den kommenden Monaten alle Ressourcen für unsere eigene Bevölkerung. Alles andere ist ein Schlag ins Gesicht der Österreicher, denen durch die rigiden Maßnahmen gegen das Coronavirus ohnehin gerade sehr viel abverlangt wird. Manche sind erkrankt, viele können ihre Eltern und Großeltern nicht sehen. Sie müssen die Versorgung unter schwierigsten Bedingungen aufrechterhalten. Andere wurden aus ihrem Job gekündigt bzw. haben ihren Betrieb aufgeben müssen und somit ihre Existenzgrundlage verloren.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert schnellst möglich dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Schaffung einer rechtlichen Grundlage zum Aussetzen des Asylrechts bis zum Ende der Corona-Krise beinhaltet.“

